

Pressemitteilung
29.10.2021

bbk berlin

organisieren
arbeiten
bilden

Den Koalitionär*innen in Berlin an die Hand gegeben

Forderungen des bbk berlin für eine zukunftsweisende Künstler*innenförderung



Der berufsverband bildender künstler*innen berlin (bbk berlin) fordert die koalierenden Parteien auf, in ihre Verhandlungen, die Künstler*innenförderung weiterzudenken und neue Ziele zu setzen. Es gilt die Vielfalt der künstlerischen Positionen zu erhalten und zu vermehren, professionellen Künstler*innen auch in der Breite kontinuierliches künstlerisches Arbeiten und kontinuierliche künstlerische Arbeits-Biographien zu ermöglichen. Damit wird Berlins Rolle als eine der Hauptstädte künstlerischer und geistiger Produktion gesichert und gestärkt. Dafür fordern wir, die Zahl der Recherchestipendien erheblich zu vergrößern und in Bezug auf ihre Vergabekriterien die Abstimmung mit den künstlerischen Berufsvertretungen zu suchen.

Kunst ist Arbeit, und Arbeit muss fair bezahlt werden. Wir alle wollen deshalb Mindesthonorare und -Gagen für alle künstlerischen Leistungen gewährleisten, die im Rahmen oder unter Nutzung öffentlicher Förderungen Berlins erbracht werden. Diese Mindesthonorare werden auf der Grundlage von Honorartabellenvorschlägen der Berufsvertretungen (der bbk berlin für die bildenden Künstler*innen) von der Senatskulturverwaltung festgesetzt und in Abstimmungen mit den künstlerischen Berufsvertretungen alle 2 Jahre überprüft und ggfs. angepasst.

Wir wollen eine sparten- und nutzungsspezifisch zielgenaue und wirksame Atelier- und Arbeitsraumförderung, in die wir die Akteure der Zivilgesellschaft, insbesondere den Atelierbeauftragten im Kulturwerk des bbk berlin und die Koalition der Freien Szene Berlin programmatisch mitgestaltend einbeziehen werden:

- Belegungsgebundene Atelier- und Künstler*innenwohnungen im Rahmen des öffentlich geförderten Wohnungsbaues - Zielmarke: 1 % dieser Wohnungsneubauten,
- Berücksichtigung von Infrastrukturbedarfen für künstlerisches Arbeiten in allen Planungs- und Satzungsinstrumenten Berlins und in künftigen städtebaulichen Verträgen,
- regelmäßige Aufstockung des Anmietprogrammes im Arbeitsraumprogramm der Senatskulturverwaltung,
- Neustrukturierung aller Fördermaßnahmen und der Grundstücksvergaben Berlins mit dem Ziel, die Künstler*innen selbst und alle an gemeinwohlorientierter Immobilienwirtschaft interessierten Akteur*innen der Zivilgesellschaft zu befähigen, selbst die Schaffung und Erhaltung bezahlbarer Ateliers u.a. mit einem Investitionskosten-Zuschussprogramm in die Hände nehmen zu können.

Kunst am Bau und Kunst im öffentlichen Raum sind wesentliche Bestandteile unserer Baukultur und machen Kunst für die Allgemeinheit sichtbar und zugänglich. Wir fordern in Zusammenarbeit mit den Akteur*innen aus der Zivilgesellschaft, insbesondere mit dem Büro für Kunst im öffentlichen Raum im Kulturwerk des bbk berlin, die bestehenden Förderungen zu verbessern und auszubauen.

Der bbk berlin erwartet zukunftsorientierte Entscheidungen in den Koalitionsverhandlungen für unsere Stadt, die Künstler*innen und ihre Arbeit gleichberechtigt einbeziehen.

Zoë Claire Miller und Heidi Sill
Sprecherinnen des bbk berlin

Weitere Informationen auf unserer Website: <https://www.bbk-berlin.de/news/>